

Änderungsantrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (Drucksache 6/613)

Der Landtag möge beschließen:

I. Artikel 1 wird wie folgt gefasst:

Das Brandenburgische Datenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2008 (GVBl. I S. 114), das durch das Gesetz vom 25. Mai 2010 (GVBl. I Nr. 21) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 22 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Sätze 1 bis 3 werden durch folgenden Satz ersetzt:

„Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht ist als oberste Landesbehörde in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“
 - b) Die Sätze 4 bis 7 werden aufgehoben.
2. In § 23 Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 22 Abs. 4 Satz 2“ durch die Wörter „§ 22 Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.

II. Nach Artikel 1 wird folgender Artikel 2 eingefügt:

„Artikel 2 Änderung des Landesorganisationsgesetzes

In § 1 Absatz 3 Nummer 1 des Landesorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 2004 (GVBl.I/04, Nr. 09, S.186), das durch das Gesetz vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, Nr. 28) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Landtages“ die Wörter „, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht“ eingefügt.

III. Der bisherige Artikel 2 wird Artikel 3.

Begründung:

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied am 9. März 2010 in einem Urteil (EuGH, Urteil vom 9.3.2010 - C-518/07), dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 28 Abs. 1 Unterabs. 2 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr verstoßen hat, indem sie die für die Überwachung der Verarbeitung personenbezogener Daten durch nichtöffentliche Stellen und öffentlich-rechtliche Wettbewerbsunternehmen zuständigen Kontrollstellen in den Bundesländern staatlicher Aufsicht unterstellt und damit das Erfordernis, dass diese Stellen ihre Aufgaben „in völliger Unabhängigkeit“ wahrnehmen, falsch umgesetzt hat.

Im Rahmen seiner sachlichen Unabhängigkeit ist nach EU-Recht problematisch, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht (LDA) gemäß des bisherigen § 22 Abs. 4 Satz 3 BbgDSG der Dienstaufsicht des Präsidenten des Landtages untersteht. Die Unabhängigkeit des LDA ist bereits dann verletzt, wenn eine andere staatliche Stelle die Entscheidungen des LDA auch nur mittelbar beeinflussen kann. Diese Möglichkeit der Einflussnahme besteht nicht nur, wenn der LDA einer Fachaufsicht unterliegt, sondern auch einer Dienst- oder Rechtsaufsicht. Hierzu stellt der EuGH fest, dass die staatliche Aufsicht gleich welcher Art es ermöglicht, auf Entscheidungen der Kontrollstellen unmittelbar oder mittelbar Einfluss zu nehmen bzw. diese Entscheidungen aufzuheben und zu ersetzen. Es lässt sich nämlich nicht ausschließen, dass die Aufsichtsstellen nicht zu objektivem Vorgehen in der Lage sind, wenn sie die Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten auslegen und anwenden.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes behält den Begriff „Dienstaufsicht“ bei und ergänzt diesen durch die Formulierung „, soweit seine Unabhängigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.“

Eine solche Regelung findet sich auch in den Datenschutzgesetzen der Länder Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen. Hamburg und Baden-Württemberg lassen insoweit die für Berufsrichterinnen und Berufsrichter geltenden Vorschriften entsprechend zur Anwendung kommen.

Hessen und Niedersachsen haben den Landesdatenschutzbeauftragten zur obersten Landesbehörde gemacht und die dienstrechtlichen Befugnisse des Präsidenten des Landtags bzw. der Landesregierung sehr eingeschränkt. Der Bund hat in einem Zweiten Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit den rechtlichen Status einer obersten Bundesbehörde eingeräumt, die eigenständig und unabhängig ausgestaltet ist. Er untersteht ausschließlich parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle. Auf eine Rechtsaufsicht der Bundesregierung und eine Dienstaufsicht des Bundesministeriums des Innern wird verzichtet. Die organisatorische Anbindung an das Bundesministerium des Innern wird aufgehoben.

Die Verantwortlichkeit des LDA gegenüber dem Brandenburgischen Landtag findet ihre Grenzen in der sachlichen Unabhängigkeit des LDA. Soll der LDA völlig unabhängig sein, dann darf er nicht in eine hierarchische Ordnung mit dem Brandenburgischen Landtag eingebunden werden. Unzulässig ist eine funktionelle Verschränkung. Da der Brandenburgische Landtag und der LDA unterschiedliche Staatsfunktionen wahrnehmen, verbieten sich sachliche Weisungsbefugnisse des Landtags. Die Unabhängigkeit des LDA lässt eine umfassende Staatsaufsicht über die Datenschutzkontrolle nicht zu.

Um weitere Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden, ist es deshalb notwendig den Begriff der völligen Unabhängigkeit entsprechend der autonomen Auslegung des EuGH als weit und umfassend zu verstehen. Das steht einer Fach- und Rechtsaufsicht entgegen und relativiert die Möglichkeiten einer Dienstaufsicht des Brandenburgischen Landtags über den LDA. Die einschränkende Formulierung im Gesetzentwurf der Landesregierung hinsichtlich der Dienstaufsicht des Präsidenten des Landtages („soweit seine Unabhängigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.“) ist viel zu unbestimmt, als dass durch sie auch eine mittelbare Einflussnahme völlig ausgeschlossen wird.

Deshalb erhält der LDA den Status einer obersten Landesbehörde, der ausschließlich der parlamentarischen und der gerichtlichen Kontrolle unterliegt (siehe unter I. 1. a) des Änderungsantrages). Die Einrichtung des LDA als oberste Landesbehörde hat zur Folge, dass die Mittel des LDA in einem eigenen Einzelplan ausgewiesen werden. Eine Ausweisung der Mittel im Einzelplan des Landtages gemäß § 22 Abs. 4 Satz 4 BbgDSG entfällt. Dies entspricht auch den Anforderungen von Artikel 47 Ziffer 7 des von der Europäischen Kommission im Januar 2013 vorgelegten Entwurfs der Datenschutz- Grundverordnung, welcher für Datenschutzbeauftragte einen eigenen Haushalt vorsieht. Da der LDA als oberste Landesbehörde zudem die Personalhoheit bei Einstellungen und Versetzungen von Mitarbeitern hat, sind die Regelungen in § 22 Abs. 4 Satz 5 bis 6 BbgDSG entbehrlich, wonach die Mitarbeiter des LDA auf dessen Vorschlag durch den Präsidenten des Landtages ernannt werden und eine Versetzung oder Abordnung des Personals nur im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landtags möglich ist. Zudem unterliegen die Mitarbeiter des LDA, der mit dem Änderungsantrag den Status einer obersten Dienstbehörde erhält, auch automatisch ausschließlich dessen Weisungen, sodass es dieser Regelung in § 22 Abs. 4 Satz 7 BbgDSG nicht mehr bedarf (siehe unter I. 1. b) des Änderungsantrages).

Aufgrund des Anwendungsvorrangs des Europarechts ist auch die Regelung der Dienstaufsicht in Art. 74 Abs. 1 Satz 3 Verfassung des Landes Brandenburg EU-richtlinienkonform auszulegen, so dass diese Regelung dem Status des LDA als oberste Landesbehörde nicht entgegensteht.

Die Änderung im Landesorganisationsgesetz (siehe unter II. des Änderungsantrages) ist eine Folgeänderung.